

# Courier

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Ml.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Engelster 21.  
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 40.

Berlin, den 22. November 1914.

18. Jahrg.

**Verbandsmitglieder!** Die Mittel aus den Extrabeiträgen dienen lediglich dazu, die Not der Familien der zu den Fahnen eingezogenen Kollegen zu lindern und die ausgesteuerten Arbeitslosen zu unterstützen. Vergesse daher keiner, diese Extrabeiträge pünktlich zu entrichten!

## Partei und Gewerkschaften zur Nahrungsmittelversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand haben am 4. d. Mis. an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der noch einmal dringend die zur Nahrungsmittelversorgung erforderlichen Maßnahmen befragt werden. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter an den Erörterungen über die Preisfestsetzungen für Getreide im Reichsamt des Innern teilnahmen, erkennen grundsätzlich die Notwendigkeit der von dem Bundesrat getroffenen Maßnahmen an.

Leider sind wir insofern enttäuscht, als die Höchstpreise viel zu hoch angesetzt sind. Berücksichtigt man, daß die Ernte nicht ungünstig ausfiel, und die Aufwendungen der Landwirte nur in einzelnen Ertritten das Maß des üblichen überschritten, so rechtfertigen die festgesetzten Preise sich keineswegs. Sie gehen weit über die der lebenden Generation bekannten Preise hinaus. Selbst in dem Jahre 1891, als Deutschland eine Misserie hatte und die Einfuhr aus Ausland durch Ausfuhrverbote unmöglich war, erreichte der Durchschnittspreis in Berlin für Roggen nur 211 Ml. und für Weizen 224 Ml. In den letzten zehn Jahren 1904 bis 1913 war der Durchschnittspreis für Roggen 167,45 Ml. und für Weizen 201,60 Ml.

In einer Zeit, wo Millionen von Menschen schwere Opfer bringen, sei es im Heeresdienst oder durch wirtschaftliche Leiden, kann nicht einem Teil der Bevölkerung ein besonderer Gewinn aus dieser Notlage zugeflossen werden. Wir bedauern in hohem Maße, daß die Preisfestsetzungen so spät kommen und in den wirtschaftlich interessierten Kreisen nicht das Empfinden dafür vorhanden ist, in diesen Zeiten keine besonderen Profite zu machen.

Es ist uns bekannt, daß die Interessenten erklären, daß bei den schon abgeschlossenen Käufen, wenn die Preise stark herabgesetzt werden, große Verluste eintreten müssen. Wir glauben, daß die Spekulanten, die an der Preissteigerung Schuld sind, keine Rücksicht bei der Preisfestsetzung verdienen. Wer sich in solche Spekulationen begibt, mag auch die Folgen tragen. Die Verordnung hätte aber auch zurückgreifen können auf alle abgeschlossenen Käufe oder noch nicht vollzogene Lieferungen. Auch jetzt wäre es noch an der Zeit, die Preise herabzusetzen. Wenn aber dieser Weg nicht mehr gangbar erscheint, so müßte die Regierung die Verordnung dahin erweitern, daß für die Folgezeit die Preise langsam herabgesetzt werden und daß die noch nicht verkauften Mengen, die sich noch im Besitze der Landwirte befinden, zu einem erheblich minderen Preise zur Verfügung gestellt werden müssen. Vor allem sollten solche Anläufe der Staat und die Gemeinden vornehmen, um diese Vorräte zu geeigneter Zeit zu mäßigen Preisen auf den Markt zu bringen.

In Kreisen der Landwirte, die das Ungeheure der Preissteigerungen einsehen, würde sich hiergegen kaum ein Widerstand geltend machen; sie können dabei immer noch Preise erhalten, die reichlichen Nutzen abwerfen. Im Interesse der Konsumenten, die gegen die Preissteigerungen des Schutzes bedürfen, bitten wir, es bei der Verordnung nicht zu belassen, sondern eine Ergänzung vorzunehmen, die unseren Vorschlägen entspricht und sicherlich auf die Zustimmung aller Kreise rechnen kann, die an der Preissteigerung kein Interesse haben.

Wenn wir uns gegen diese Höchstpreise für Getreide wenden, so mit der gleichen Entschiedenheit dagegen, daß im künftigen Jahre dieser Preis pro Monat noch um 3 Ml. erhöht werden soll. Dafür liegt auch nicht der Schein einer Berechtigung vor. Die Ver-

gleiche mit den vorausgegangenen Jahren ergeben, daß die Preise vom November 1912 bis April 1913 nach den Zusammenstellungen der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches eine fallende Tendenz zeigen. Nach diesen Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes betragen in Berlin die Preise für 1000 Kilogramm:

	Roggen Ml.	Weizen Ml.
Oktober 1912	180,20	211,50
November 1912	176,90	205,80
Dezember 1912	174,80	203,80
Januar 1913	170,70	196,80
Februar 1913	166,40	194,90
März 1913	161,70	191,--
April 1913	162,20	201,80

Die Preisfestsetzung des Bundesrats würde also für Ende 1915 einen Roggenpreis von 256,— Ml. und einen Weizenpreis von 296,— Ml. in Aussicht stellen. Diese Maßnahme stellt an die Bevölkerungskreise, die heute von der Last der wirtschaftlichen Unbill niedergedrückt werden, eine unerhörte Zumutung, die mit tiefer Erbitterung empfunden wird. Dabei sind diese Preisfestsetzungen, die der Preissteigerung noch weiten Spielraum lassen, nicht einmal so weit durchgeführt, daß auch die Wehlpreise festgelegt werden. Jetzt erst wird sich das Heer der Spekulanten auf die Preissteigerung für Mehl legen, um abzuwarten, wie hier die Regierung die nötigen Maßnahmen ergreift, denn das Beispiel der Preisfestsetzung für Getreide ist keine Abschreckung für das spekulative Treiben jener Kreise. Die arbeitende Bevölkerung sollte erwarten können, daß ihre Interessen eine andere Würdigung erfahren, als mit diesen Anordnungen, die eine neue, millionenschwere Last auf ihre Schultern legt, gegen die die ganze Preissteigerung der Zollpolitik nur ein Kinderpiel ist.

Mit der Preisfestsetzung für Getreide steht im engen Zusammenhang die für Hülsenfrüchte. Auch hier sind im Detailhandel hohe Preise üblich, die einen großen Teil der Arbeiterschaft zwingen, auf diese notwendige Kost zu verzichten, weil die Preise unverträglich sind.

Im Gegensatz zu dem zögernden Vorgehen in der Preisfestsetzung für wichtige Konsumartikel hat die Entschlossenheit und Schnelligkeit überrascht, mit der die Reichsregierung die Zuckerpriese festgesetzt hat. Allerdings bestand hier die Gefahr, daß der Konsument den Zucker zu billig bekommt. Der Ueberfluß von Zucker, der Preisdruck, ließ das Interesse der Produzenten in den Kreisen der Regierung wohl viel broderender erscheinen, als wenn Millionen der Konsumenten eine Beute von Spekulanten werden. Der Durchschnittspreis für Rohzucker betrug 1913 für den Doppelzentrner 18,50 Ml. Die Regierung garantiert heute den Produzenten den Preis von 19 Ml. Diese Festsetzung des Preises in Verbindung mit der Konsumententückerung der Zuckerproduktion verrät eine Fürsorge für die Zuckerproduzenten, von der wir wünschen, sie bestände in gleichem Maße für die arbeitende Bevölkerung.

Wir weisen heute schon auf die bald eintretenden, sehr schnellen Preissteigerungen für Vieh und Fleisch hin; greift hier die Regierung wiederum so spät ein, wie bei den Getreidepreisen, so haben wir abermals mit einer schweren Schädigung der konsumierenden Bevölkerung zu rechnen. Viel rationeller erscheint es uns, auch die Zuckerrüben, soweit sie für die Produktion des Verbrauchszuckers nicht in Betracht kommen, der Viehfütterung dienbar zu machen. Nicht aber durch die Verarbeitung zu Melasse ein teures Viehfutter zu schaffen, bei der die Zuckerrüben erst ihre Nebenmen in Abzug bringt.

Ferner richten wir nochmals die Aufmerksamkeit auf die Preisfestsetzung für Kartoffeln. Wir erkennen

sehr gern an, daß die Militärverwaltung in einigen Bezirken schnell eingegriffen und die Preisfestsetzung vorgenommen hat, die erfreulicherweise mehr die Interessen der Konsumenten wahrnimmt, als die Bundesratsverordnung bei der Preisfestsetzung für Getreide. Aber diese Maßnahmen beschränken sich nur auf einige Bezirke, die allgemeine Verordnung kann nicht länger zurückgestellt werden, wenn nicht für die Bevölkerung dieselben schweren Nachteile entstehen sollen, wie bei der Festsetzung der Getreidepreise. Die Festsetzung eines Höchstpreises für Kartoffel- und Stärkemehl ist im Hinblick auf die wüsten Preissteigerungen dringend notwendig. Die Verordnung des Bundesrats, Kartoffelmehl als Zusatz bei der Brotfabrikation zu verwenden, hat den Preis für Kartoffelmehl bereits auf die Preishöhe für Roggenmehl getrieben.

Wir bitten, daß sich das Reichsamt des Innern von der Auffassung befreien möge, als ob solchen Preissteigerungen mit Ermahnungen begegnet werden kann, die zur Mäßigung rufen. Diese Interessentengruppe ist dafür bekannt, daß sie ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse nur ihre Vorteile zu vertreten gewohnt ist.

Wir bitten deshalb, unsere Vorschläge zu berücksichtigen und nicht zögernd an Maßnahmen heranzutreten, die heute der gesamten Bevölkerung zum Schutze dienen müssen.

## Belgien, das Land uneingeschränkter Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Die Liebe zur Heimat ist eine große Sache, die gar oft sogar kraße soziale Gegensätze im Augenblicke der Gefahr zu verwischen vermag. Daß dem fast überall so ist, hat uns der gegenwärtige Weltkrieg fast in allen Ländern gezeigt. Ob begreifen wir denn auch, daß die belgischen Proletarier ihr Vaterland mit allen Kräften zu verteidigen suchen, das Land, das stets für sie ein Stiefvaterland war. Das Herz hat bei den belgischen Proletariern den Verstand in der gegenwärtigen Zeit befeuert, ihn zum Schweigen verurteilt.

Vor dem Kriege haben die Schwarzkünzler, der katholische Klerus, das belgische Land als ihre ausschließliche Domäne betrachtet und rücksichtslos tyrannisiert. Wer die belgische Parlamentsgeschichte auch nur oberflächlich studiert, weiß, daß sie ein ununterbrochener Kampf gegen die kirchliche Herrschaft ist. Für die Massen und die Kapitalisten war das Land ein Paradies, für die Arbeiterschaft eine Hölle. Den herrschenden Klassen war es dort viel mehr noch als in anderen Ländern, ausgenommen noch etwa Rußland, darum zu tun, die arbeitenden Massen in der Unwissenheit und damit grünlich niederzuhalten.

Wie es mit der Volksbildung bisher im schönen Belgierlande bestellt war, darüber berichtete P. Vor-mann kürzlich in der „Rösischen Zeitung“ folgendes nach offiziellen Quellen:

„Nächst Rußland gibt es in Europa kein Land, in dem so viel Analphabeten wohnen wie in Belgien. Bei der Ausbeutung von Beltrien im Jahre 1905 wurde festgestellt, daß in Belgien von 1000 Beltrien 101 weder lesen noch schreiben konnten. Vergleicht man damit die anderen Staaten, so findet man in Frankreich auf 1000 Beltrien 46, in England und Irland 37, in den Niederlanden 23, in der Schweiz 20, in Dänemark 2, in Schweden 0,8 und in Deutschland 0,7, die des Lesens und Schreibens unkundig sind. Man muß sich natürlich fragen, wie es möglich ist, daß ein kleines, aber reiches Land von etwas mehr als sieben Millionen Einwohnern, das mitten zwischen Kulturländern gelegen ist, so über die Massen ungebildet ist, und dann kommt man selbstverständlich zu der Frage des Schulunterrichts. Wie ist nun dieser beschaffen? Bis 1885 existierten in Belgien 1933 Staatsschulen, in denen ein ausreichender Unterricht























Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 48. Woche des Jahres 1914 ist fällig.

Table with financial data: Druckfaden, Veranlassungen, Bibliothek, Zeitschriften, etc. Total sum: 5440,82 M.

Bilanz:

Balance sheet table: Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand, etc. Total sum: 1512,95 M.

Die Aussprache erfolgte in ruhiger, sachlicher Weise. Der Kollege Fr. Paap wünschte einige nähere Erläuterungen der einzelnen Posten, die vom Vorsitzenden gegeben wurden. Die Nichtigkeit der Abrechnung sowie die ordnungsmäßige Führung der Bücher bestätigte im Namen der Revisoren H. Lunn. Dann wurde die Frage der Familienunterstützung wiederum eingehend besprochen. Die letzte Versammlung hatte beschlossen, eine Ausszahlung der Unterstützung von den Geldern des Kantonsfonds noch hinauszuschieben, da nach Ansicht der Versammlung eine allgemeine Bedürftigkeit bis jetzt noch nicht zu erkennen ist, und im übrigen Staat und Kriegerfamilienhilfe noch in der gleichen Höhe wie vordem ihre Unterstützung zahlen. In Erwägung dieser Tatsachen beschloß denn auch diese Versammlung, noch keinen Zeitpunkt festzulegen, sondern es der Verwaltung zu überlassen, zu geeigneter Zeit mit dieser Frage wieder an die Versammlung zu kommen. Die Versammelten sprechen die Hoffnung aus, daß sich die Kollegen noch mehr als vordem an dem Ertragsbeitrag für die Kriegerkollegen beteiligen werden, damit uns in dem Augenblicke, wo wir mit der Auszahlung beginnen, genügend Mittel zur Verfügung stehen. Eingezogen sind bis jetzt rund 290 Kollegen. Von den Zurückgebliebenen können wir erfreulicherweise berichten, daß alle befreit sind, unsere ganze Tätigkeit während dieser Zeit aufrechtzuerhalten. Jedoch auf eins möchten wir noch hinweisen, daß auch die entfallenden Läden, die der Krieg in unsere Mitgliedschaft gerissen hat, nach Möglichkeit wieder ausgefüllt werden müssen. Hierzu müssen unsere Kollegen mit beitragen. Es muß sich jeder Kollege zur Aufgabe machen, mindestens einen neuen Kollegen unserem Verbande zuzuführen. Dieses ist doch sicherlich keine schwere Aufgabe, die jeder erfüllen kann, wenn nur der Wille vorhanden ist. Kollegen in Notlage, zeigt doch einmal, daß Ihr auch in schwerer Zeit Euren Mann stellen wollt und sorgt mit uns zusammen für neue Mitglieder. Unsere Heimkehrenden werden Euch diese kleine Mühe groß anrechnen.

Sonneberg. In der am 25. Oktober stattgefundenen allgemeinen Mitgliederversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des Genossen Dr. Frank sowie unseres Kollegen H. Hähnel in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erstattete der Kassierer den Tätigkeitsbericht des 3. Quartals. Aus demselben ging hervor, daß trotz der Kriegswirren ein ziemlich großes Arbeitspensum geleistet werden mußte. 162 Kollegen mußten Haus und Herd verlassen, um dem Ruf des Vaterlandes zu folgen.

In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner bekannt, daß sich seit Ausbruch des Krieges in verschiedenen Betrieben Unregelmäßigkeiten herausstellten und ein Unternehmer sich erlaubte, Lohnabzüge bis zu 6 M. pro Woche zu machen. Durch die Einigkeit der Kollegen wurde auf Vorfalltwerden der Verbandsleitung die Lohnführung zurückgenommen. Bei der Firma L. Wauffel werden die Leute ohne Vergütung für Überstunden von morgens 5 Uhr bis abends 10 Uhr, ja sogar sehr oft bis 11 Uhr beschäftigt. Verlangen die Arbeiter Bezahlung der Überstunden, dann werden sie schroff abgewiesen. In einigen Fällen mußte sogar das Gewerbegebet in Anspruch genommen werden, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Auch der freie Sonntag wurde den Leuten seit Ausbruch des Krieges in diesem Betriebe verweigert und sind sie gezwungen, den Ausfall an Arbeitern, welche zur Fabrik einberufen wurden, zu decken. Daß ein großer Teil der Kollegen schuld an diesen traurigen Verhältnissen ist, ist selbstverständlich. Anschließend hieran wurde der Kassenbericht gegeben. Aus demselben ist zu entnehmen, daß trotz der großen Zahl der einberufenen und arbeitslosen Kollegen ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen war. An Arbeitslosen-Unterstützung wurde die Summe von 1708,50 M. verausgabt und damit manche Not der Kollegen gelindert. Die Beitragszahlung liegt von 11,2 auf 15,4%. In der Diskussion, in welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten, wurde die Tätigkeit des Kassierers anerkannt und demselben auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse in bester Ordnung fanden, einstimmig Verdanke erteilt. Kollege Wagenschwanz machte auf die Ertragsbeiträge aufmerksam und erläuterte den Anknüpfenden Zweck und Nutzen derselben in leicht verständlichen Worten. Eine Telesammlung ergab den Betrag von 4,45 M., welche zur Unterstützung unserer im Felde stehenden Kollegen Verwendung finden soll. In seinem Schlusswort ermahnte der Redner die Kollegen, auch fernherhin treu zur Organisation zu halten, damit wir jederzeit gerüstet sind. Hierauf schloß der harmonisch verlaufenden Versammlung.

An die Ortsverwaltungen.

Von unseren Verbandskollegen im Felde ist vielfach der Wunsch geäußert worden, ihnen regelmäßig den 'Courier' zuzustellen. Wir ersuchen daher die Ortsverwaltungen, soweit ihnen die Adressen der Kollegen beim Heere bekannt sind, diesen Wunsch zu erfüllen. Dies wird zweifellos dazu beitragen, daß das Interesse für die Organisation wach erhalten bleibt. Nichts erfreut die wackeren Kämpfer draußen so sehr als Nachrichten aus der Heimat.

Die Redaktion. Der Verbandsvorstand.

Kassenbericht für das 2. Quartal 1914. Einnahme.

Table with financial data: An Einnah. durch d. Ortsverwaltungen, Beitrittsgehd., Wochensbeiträge, etc. Total sum: 1889,99.

Table with financial data: An Einnahmen für Lohnbewegungen, Streitbeiträge, Binnenschifferbeiträge, etc. Total sum: 1905423,75.

Ausgabe.

Table with financial data: Der Drucklegung der Verbandsorgane, Redaktion, Expedition, Unterhaltungen, etc. Total sum: 1905423,75.

Bilanz.

Table with financial data: Kassenbestand am 1. 4. 1914, Einnahme im 2. Quartal 1914, Ausgabe im 2. Quartal 1914, etc. Total sum: 815538,66.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 2. Quartal 1914.

Large table with financial data: Gau bzw. Bezirk, Einnahme, Ausgabe, Summa. Includes columns for various districts and their respective financial contributions.